

Presseerklärung des AK Antifa Mannheim vom 18.10.2008

Demonstration gegen das neue Versammlungsgesetz in Mannheim

Am heutigen Samstag, den 18.10.2008, demonstrierten knapp 100 Menschen in Mannheim gegen das neue Versammlungsgesetz, das nach Willen der baden-württembergischen Landesregierung zum 01.01.2009 in Kraft treten soll.

Das Gesetz beinhaltet weitere massive Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, so etwa ein sogenanntes "Militanzverbot", das Versammlungen verbietet, wenn "der Eindruck von Gewaltbereitschaft" entstehen könnte. Weiterhin soll die Polizei das uneingeschränkte Recht erhalten, Versammlungen zu filmen und die TeilnehmerInnen lückenlos zu überwachen. OrdnerInnen sollen vor der Demonstration namentlich angegeben werden und von der Polizei abgelehnt werden können. Damit wird zum einen die bisherige restriktive Praxis der Polizei gegenüber unerwünschten Versammlungen und Demonstrationen legalisiert und zum anderen die Möglichkeit geschaffen, Widerstand auf der Straße noch effektiver als bislang zu kriminalisieren und zu unterdrücken.

Die heutige Demonstration zog vom Paradeplatz über die Kapuzinerplanken, die Planken und den Marktplatz zur Fressgasse, wo sie sich auflöste. Mit Parolen wie "Wir Demonstrieren wann wir wollen, gegen Repression und Kontrollen", "Gegen jede Repression, für die soziale Revolution" und "Wir sind hier, wir sind laut weil man uns die Rechte klaut", wurde lautstark Protest gegen das Gesetzesvorhaben zum Ausdruck gebracht. Ein Sprecher des AK Antifa Mannheim bemerkte, es sei bewusst auf eine Anmeldung der Demonstration verzichtet worden. Damit sollte bereits jetzt deutlich gemacht werden, dass man nicht gewillt ist, unter der neuen Gesetzeslage Versammlungen anzumelden, sondern künftig Widerstandsformen wählen wird, die sich staatlicher Kontrolle entziehen.

Der Sprecher des AK Antifa Mannheim, Sören Schmidt, kommentierte das Gesetzesvorhaben der Landesregierung folgendermaßen:
"Das neue Versammlungsgesetz ist im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu kritisieren und zu bekämpfen. Während sich einerseits die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung immer weiter verschlechtern und ein massiver Sozialabbau vorangetrieben wird, wird andererseits der Polizeistaat immer weiter ausgebaut. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung von Vorratsdatenspeicherung, neuen Polizeigesetzen und die Diskussion um Bundeswehreinräte im Inneren, als präventive Aufstandsbekämpfung zu sehen. Sozialabbau und Polizeistaat sind somit zwei Seiten der selben Medaille. Wir kündigen massiven Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung und die Angriffe von Staat und Kapital auf unsere Lebensbedingungen an. Bringen wir die Repressionsstrategie der Herrschenden zu Fall!"

Für den Samstag, den 29.11.2008 ruft ein breites Bündnis zu einer Demonstration gegen das Versammlungsgesetz in Mannheim auf. Beginn ist um 13 Uhr am Hauptbahnhof. Weiterhin sind eine überregionale Demonstration in Stuttgart am 06.12.2008 sowie eine Demonstration am 13.12.2008 in Freiburg geplant.

Über eine Veröffentlichung würden wir uns sehr freuen.
Für Rückfragen stehen wir gerne per E-mail zur Verfügung.